1193/A(E)
vom 18.11.2026 (XXVIII. GP)

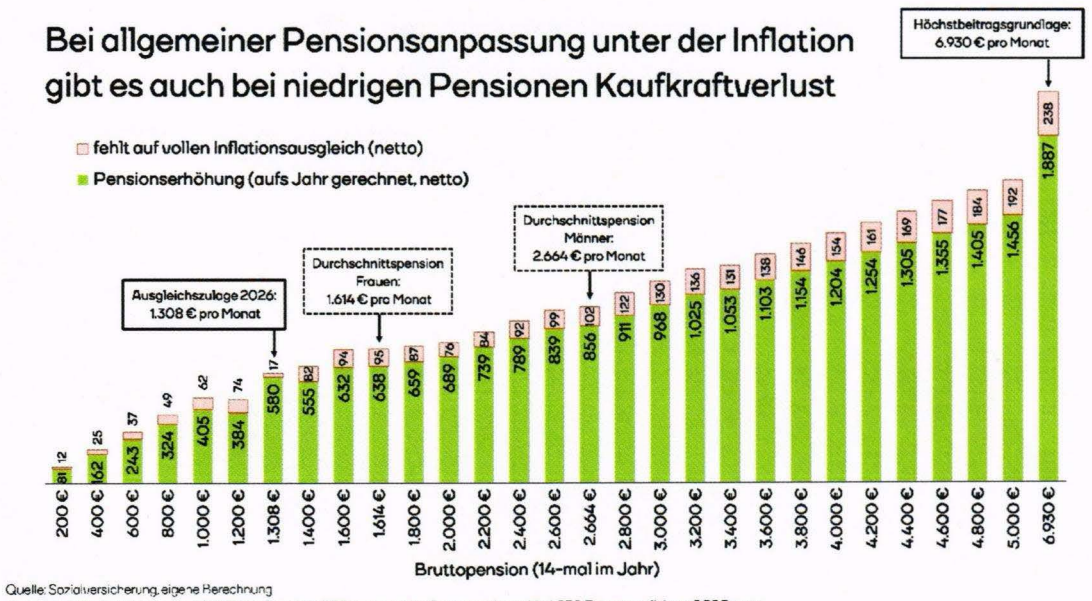
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Schluss mit dem Pensionsraub**

Österreichs Pensionisten haben dieses Land mit ihrer Arbeit und ihrer Lebensleistung für nachfolgende Generationen aufgebaut. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass die Pension ihren Wert behält.

Die Pensionsanpassung 2027 bis zur ASVG-Höchstbeitragsgrundlage beträgt 2,95 Prozent bzw. 3,3 Prozent für Ausgleichszulagenbezieher Laut einer aktuellen Berechnung drohen ihnen allerdings ab 2027 reale Kaufkraftverluste, von denen sogar Mindestpensionisten betroffen sind, da der Wert für die sogenannte rollierende Inflation bei rund 3,35 bis 3,37 Prozent liegt.[1] Zu einem ähnlichen Ergebnis kam das Momentum Institut in seiner Analyse vom August 2026:

> *„Die Teuerung, die für die Pensionserhöhung 2027 maßgeblich ist, liegt bei 3,4 Prozent und ist damit höher als von der Bundesregierung angenommen. Die Regierung hat die Pensionserhöhung bereits darunter festgelegt. […] Damit verlieren alle Pensionist:innen 2027 real an Kaufkraft.“*[2]



Quelle: Sozialversicherung, eigene Berechnung
Anmerkung: Die Ausgleichszulage (1.308 Euro) wird um 3,3 Prozent erhöht. Bruttopensionen bis 6.930 Euro monatlich um 2,95 Prozent. Pensionen darüber steigen um einen Fixbetrag von monatlich 204,44 Euro an. Berechnung inklusive Negativsteuer und Pensionistenabsetzbetrag.

2

Den Pensionisten, droht ein dauerhafter Einkommensverlust, obwohl gerade sie überdurchschnittlich unter Preissteigerungen in den Bereichen Energie, Wohnen und Lebensmittel leiden – insbesondere natürlich die Mindestpensionisten, aber auch die Bezieher kleiner und mittlerer Pensionen.

---

1 https://www.finanz.at/news/pensionen-verluste-2027-11681/ (aufgerufen am 17.11.2026)
2 https://www.momentum-institut.at/news/pensionserhoehung-unter-inflation-pensionistinnen-verlieren-2027-kaufkraft/ (aufgerufen am 17.11.2026)

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:
„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der sichergestellt wird, dass die Pensionsanpassung für 2027 in voller Höhe der Inflation erfolgt. Das gilt insbesondere für Mindestpensionen sowie kleinere und mittlere Pensionen."

(Schwarzhofer) (Belakowitsch)

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Ausschuss für Arbeit und Soziales zuzuweisen.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-11-18T18:31:48+01:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	